

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 7 vom 23. August 2018, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Andreas Kübli Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch (bis Traktandum 10), Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabi- ne Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Serge Lanz, Manfred Locher, Eveline Salzmann (bis Traktandum 10), Daniel Schenk, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter (bis Traktandum 11), Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Stu- derus, Markus van Wijk, Martin von Allmen, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemein- deräte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Patrick Graber, Reto Schertenleib
Schluss der Sitzung	20:55 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Doppelsitzung. Insbesondere begrüsst er das neue Stadratsmitglied Valentin Borter, der an die Stelle von Lukas Lanzrein tritt, und Reto Jakob, Präsident des Grossen Gemeinderats von Steffisburg, welcher heute Teile der Sitzung verfolgt.

Das Traktandum Nr. 7 betreffend die Ersatzwahl der Schulkommission Goldwil wurde vom Gemeinderat zurückgezogen, weil die Wahlvoraussetzungen nicht rechtzeitig beigebracht werden konnten.

53. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 5. Juli 2018

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

54. Sachkommission Stadtentwicklung

Ersatzwahl anstelle von Lukas Lanzrein (SVP/FDP-Fraktion)

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, schlägt *Valentin Borter (SVP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SVP-Fraktion,

beschliesst:

In die Sachkommission Stadtentwicklung wird als Mitglied anstelle von Lukas Lanzrein (SVP/FDP-Fraktion) per sofort stillschweigend gewählt: Valentin Borter (SVP-Fraktion).

55. Budget- und Rechnungskommission

Ersatzwahl anstelle von Lukas Lanzrein (SVP/FDP-Fraktion)

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, schlägt *Barbara Klossner (SVP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SVP-Fraktion,

beschliesst:

In die Budget- und Rechnungskommission wird als Mitglied anstelle von Lukas Lanzrein (SVP/FDP-Fraktion) per sofort stillschweigend gewählt: Barbara Klossner (SVP-Fraktion).

56. Spezialkommission Teilrevision Spezialfinanzierung

Ersatzwahl anstelle von Lukas Lanzrein (SVP/FDP-Fraktion)

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, schlägt *Barbara Klossner (SVP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SVP-Fraktion,

beschliesst:

In die Spezialkommission Teilrevision Spezialfinanzierung wird als Mitglied anstelle von Lukas Lanzrein (SVP/FDP-Fraktion) per sofort stillschweigend gewählt: Barbara Klossner (SVP-Fraktion).

57. Wahlkommission

Ersatzwahl von Walter Wäfler (EDU) anstelle der zurückgetretenen Annalies Stucki-Gäumann (EVP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 20. Juni 2018, beschliesst:

1. Von der Demission von Annalies Stucki-Gäumann per 30. Juni 2018 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Annalies Stucki-Gäumann wird als Mitglied in die Wahlkommission gewählt: Walter Wäfler, 1952, von Frutigen, Pensionär, wohnhaft Dohlenweg 18, 3604 Thun, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2018 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

58. Pensionskassenkommission

Ersatzwahl von Stephan Trösch (Arbeitgebervertreter) anstelle des zurückgetretenen Stephan Friedli

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Juni 2018, beschliesst:

1. Von der Demission von Stephan Friedli per sofort wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Stephan Friedli wird als Mitglied und Arbeitgebervertreter in die Pensionskassenkommission gewählt:
Stephan Trösch, 1966, von Thunstetten, CFO Energie Thun AG, wohnhaft Allmendstrasse 14, 3127 Mühlethurnen und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2018 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

59. Doppelkindergarten Seefeld

Genehmigung eines Verpflichtungskredites von 420'000 Franken als neue Ausgabe für die Durchführung eines Gesamtleistungswettbewerbs

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO B + L**, gibt bekannt, dass die SAKO dem Verpflichtungskredit mit sieben Stimmen bei einer Abwesenheit zustimmte, nachdem sie sich das Verfahren des Gesamtleistungswettbewerbs hat erklären lassen. Dieses vereint qualitative und wirtschaftliche Elemente und bringt vor allem zeitlich und hoffentlich auch auf der Kosten-Nutzen-Seite Vorteile mit sich. Die bisher erbauten Standardkindergärten sind nicht mehr einsetzbar, da sie die heutigen Vorschriften nicht erfüllen. Die SAKO klärte weitere Fragen wie Minergie P-Eco, das Salär des Architekten, die Polyvalenz und Erweiterungsmöglichkeit des Gebäudes und die Anpassung der ZöN ab, welche in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Die SAKO B + L ist von dem Geschäft überzeugt und empfiehlt es zur Annahme.

Markus van Wijk, **FDP-Fraktion**, freut sich über die Entstehung des neuen Doppelkindergartens im Seefeld-Quartier. Der Standort an der Äusseren Ringstrasse 26 muss im Kontext mit einer zukünftigen Schule Seefeld am jetzigen Standort des Gymnasiums betrachtet werden. Der Rat wird sich hiermit noch vertiefter auseinandersetzen müssen. Insbesondere muss eine klare Vorstellung darüber vorhanden sein, was mit dem Gelände an der Schubertstrasse ab 2025 geschehen soll. Dazu erwartet die Fraktion eine zeitgerechte Information an den Stadtrat. Bei der Schulraumplanung ist vor allem Wert auf eine hohe Flexibilität zu legen, damit das pädagogische System nicht präjudiziert wird. Die Fraktion ist überzeugt, dass das Verfahren des Gesamtleistungswettbewerbs innovative Lösungen hervorbringt und der Aufwand transparent aufgezeigt wird. Es ist wichtig zu wissen, dass die Kosten für die Planungs- und Projektierungsphase bereits im Wettbewerbskredit integriert sind. Die FDP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, betont, dass allein die Planung über 400'000 Franken kostet. Dies ist dem Verfahren des Gesamtleistungswettbewerbs geschuldet, welches mit sich bringt, dass man die wirtschaftlichen Aspekte schon im Wettbewerb mitberücksichtigen kann. Nach der Planungsphase wird daher nicht nur ein Bild des fertigen Kindergartens vorliegen, sondern konkrete Offerten. Dieser Vorteil hat die Fraktion der Mitte überzeugt. Sie begrüsst, dass ein angepasster Kindergarten gebaut wird, da eine Investition in ein Vorgehen nach veralteten Standards keinen Sinn macht. Die hohen Kosten lassen sich begründen. Zusammenfassend ist der Bau eines Kindergartens gerade im Seefeld zwingend nötig. Aufgrund der Quartierstruktur ist eine angepasste, individuelle Lösung vertretbar. Auch die Aufnahme der Minergie-Standards ist zu begrüßen. Die Fraktion der Mitte wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, gibt die einstimmige Meinung ihrer Fraktion bekannt, dass der Verpflichtungskredit sinnvoll und verhältnismässig ist. Sie begrüssen die erfreuliche Entwicklung in der Geschichte des Areals, zu dem auch das gewählte Verfahren mit Gesamtleistungswettbewerb beiträgt. Mit den Bedingungen der Ausschreibung bzgl. Tauglichkeit für die Basisstufe, der Erweiterbarkeit, der polyvalenten Nutzung, dem Material und dem Energiestandard Minergie P-Eco ist die Fraktion sehr zufrieden. Sie wünscht sich, dass das Holz aus inländischer Produktion stammt und stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, kann den sehr hohen Betrag bei näherem Hinsehen nachvollziehen. Die Bürokratie wird reduziert, indem man Kredit und Tätigkeiten zusammenfasst, was im Bericht zu wenig zur Geltung kommt. Die unter Punkt 3 genannten baulichen Anforderungen sind in einem angepassten Rahmen definiert. Der Fraktion würde dem Energiestandard Minergie P-Eco etwas weniger Gewicht beimessen, doch die Stadt ist verpflichtet dazu. Auch dadurch, dass sich der Stadtrat mit diesem Vorgehen nur zwei- bis dreimal beschäftigen muss, werden Bürokratie und Papier reduziert – vorausgesetzt, es gibt keinen Nachkredit. Die Kosten für die Planungs- und Projektierungsphase sind bereits im Kredit enthalten. Im Aufgaben- und Finanzplan sind die Kredite in genügender Höhe vorhanden und somit planbar. Bei Betrachtung des Gesamtbetrags von 3.5 Mio. liegt man mit Projektierung und Planung bei 10 bis 15 Prozent, was in einem vertretbaren Rahmen liegt. Die SVP-Fraktion stimmt allen Anträgen des Gemeinderats in sämtlichen Punkten zu.

Simon Werren, **BDP**, erachtet den Bau eines neuen Doppelkindergartens an diesem Standort als sinnvoll, da dies im Einzugsgebiet der Schule Seefeld eine massive Verbesserung der Situation im Vergleich zum Herbst 2017 mit sich bringt. Er ist zuversichtlich, dass das Verfahren des Gesamtleistungswettbewerbs geeignet ist, ein gutes Bauprojekt entstehen zu lassen, da auch andere Gemeinden damit gute Erfahrungen gemacht haben. Die Kosten für den Wettbewerb sind zwar hoch, aber vertretbar für ein derartiges Bauprojekt. Die BDP sagt einstimmig ja zum Verpflichtungskredit.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, anerkennt mit seiner Fraktion den Bedarf für den Bau des Doppelkindergartens. Die Fraktion vermisst jedoch eine Gesamtsicht über das Seefeld-Quartier mit Aussagen darüber, was mit dem frei werdenden Gymnasiums-Areal und dem freien Parkplatz an der Schubertstrasse geschieht, eine Zeitachse und allfälligen Flexibilitäten seitens der Stadt. Diese Angaben müssten bei einem solchen Kredit der Vorlage zu entnehmen sein. Die Grünen begrüßen den Wettbewerbskredit und die Tatsache, dass das Gebäude betreffend Aufstockung und Nutzung flexibel sein wird. Dass die Stadt für Bauten solcher Art auf einen nachhaltigen Baukörper setzt, ist sehr zu begrüßen. Noch besser als Minergie P-Eco wäre ein Plus-Energie-Kindergarten aus einheimischem Holz, wobei eine PV-Anlage auf dem Dach möglich wäre. Es gibt in der Schweiz viele Beispiele für öffentliche Bauten aus einheimischem Holz. Die Stadt muss einen Weg finden, den Einsatz von einheimischem Holz vorzuschreiben. Die Fraktion Grüne ist mehrheitlich für den Kredit.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt dem Stadtrat für die fast einstimmige Zustimmung. Es besteht die Absicht, Schweizer Holz einzusetzen. Die Stadt ist Mitglied der Vereinigung Schweizer Holz. Allerdings gilt es beschaffungsrechtliche Aspekte zu berücksichtigen und man muss aufpassen, damit man sich nicht dem Beschwerderisiko der Diskriminierung aussetzt, wenn ausländische Holzarten die gleichen Eigenschaften vorweisen und preislich vergleichbar sind. An Stadtrat Deriaz gerichtet betont Gemeinderat Konrad Hädener, dass bei bisherigen Bauprojekten nicht oft ein Nachkredit beantragt wurde. Er kann nicht ausschliessen, dass es soweit kommt, ist aber mit dem gewählten Verfahren zuversichtlich, da dieses noch bessere Voraussetzungen zur Planbarkeit des Kredits schafft. Er stimmt Stadtrat Weber zu, dass eine Gesamtsicht zum Seefeld-Quartier wünschenswert wäre, jedoch ist eine solche leider nicht vorhanden. Es liegen Machbarkeitsvarianten vor, die unter vielen ungeklärten Voraussetzungen untersucht wurden. Insbesondere ist das Verhältnis zum Kanton nicht abschliessend geklärt. Wenn alles nach der Zeitachse des Kantons läuft, ist der Kindergarten 2027 bezugsbereit, doch mit den vielen Planänderungen ist dies momentan noch nicht spruchreif. Heute ist noch nicht zu entscheiden, ob man für den Bau einer zukünftigen Schule wirklich auf das Areal des Gymnasiums zurückgreifen kann oder ob eher ein Standort an der Schubertstrasse in Frage kommt. Auch das Verhältnis zu Nachbarquartieren ist nicht geklärt. Aufgrund dieser Faktoren kann der Gemeinderat heute nicht mit Sicherheit sagen, was an der Schubertstrasse geschehen will. Plus-Energie ist denkbar, allerdings hält sich die Stadt an die Gebäudeenergiestrategie, welche Minergie P-Eco vorsieht. Wenn man darauf grundsätzlich zurückkommen möchte, müsste man diese Strategie in Frage stellen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 4. Juli 2018, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 420'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2210.5290.001 (Bilanzkonto 14290.20.01) für die Durchführung eines Gesamtleistungswettbewerbs für die Erstellung des Doppelkindergartens Seefeld.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

60. Übernahme und Ausbau Flugplatzstrasse

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1'900'000 Franken

Gemeinderat Konrad Hädener nimmt die Gelegenheit wahr, die Aussagen des Stadtratsberichts zu konkretisieren und geht dabei vor allem auf die Frage ein, wie sich das Verhältnis zwischen diesem Geschäft und dem Bauprojekt der AVAG gestaltet, welches auch im Raum steht. Ein Leserbrief wirft der Stadt Thun vor, Salamtaktik zu betreiben, indem erst ein Kreditgeschäft über die Flugplatzstrasse vorgelegt wird und später ein Kreditantrag in unbekannter Höhe für den Sammelhof. Diesem Vorwurf ist zu widersprechen, da es sich um zwei getrennte Bauherrschaften und Projekte handelt – auf der einen Seite die Stadt, welche verantwortlich ist für den Ausbau der Flugplatzstrasse und andererseits die AVAG, die unter eigener Bauherrschaft ein separates Baubewilligungsverfahren durchführt für die Realisierung eines

regionalen Sammelhofs. Seitens der Stadt sind keine Investitionen für diesen Sammelhof vorgesehen. Es handelt sich um zwei getrennte Geschäfte, die einen Zusammenhang und auch eine gewisse Abhängigkeit aufweisen. Die AVAG und die Stadt Thun haben die Absicht, am gleichen Tag in der zweiten Hälfte Oktober ihre jeweiligen Baugesuche einzureichen, da die Verfahren wegen deren Abhängigkeiten möglichst parallel laufen sollten. Die Abhängigkeiten kommen daher, weil die AVAG die Absicht hat, im Zollhaus im Baurecht der armasuisse auf einer Parzelle zu bauen, die heute nicht über eine Basiserschliessung verfügt. Die Stadt steht gemäss Baugesetz in der Pflicht, die Bauzone zu erschliessen. Ohne Baubewilligung und Finanzierungsnachweis für die Flugplatzstrasse wird die AVAG keine Baubewilligung für den Sammelhof erhalten. Im Falle einer Ablehnung durch den Stadtrat wird die AVAG ihren Rechtsanspruch auf Erschliessung geltend machen. Umgekehrt kann die Stadt den Ausbau der Strasse auch ohne die Realisierung des Sammelhofs durchführen. Es ist zwar unwahrscheinlich, aber dennoch denkbar, dass die AVAG keine Baubewilligung für den Sammelhof erhält und die Stadt die Strasse trotzdem ausbaut. Auch dafür gibt es zwei gute Gründe, nämlich die Pflicht der Stadt zur Erschliessung und die Pflicht zur Aufhebung der Defizite der Flugplatzstrasse, u.a. im Sicherheitsbereich. Die Stadt hat die Möglichkeit, diese zumindest in einem guten Ausmass zu beheben, indem sie die Strasse verbreitert und Trottoirs baut. Somit gibt es unabhängig vom Projekt der AVAG gute Gründe für die Realisierung des Ausbaus der Flugplatzstrasse. Die heutige Einschätzung des Tiefbauamts sieht keine Notwendigkeit einer Strassenbeleuchtung, da von den Spielfeldern her genügend Flutlicht kommt. Die abschliessende Zuständig für die öffentliche Beleuchtung der Strassen liegt jedoch bei der Energie Thun AG, die bei Notwendigkeit eigenständig handelt.

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO B + L**, betont, dass der Prozess der Erschliessungsplanung von allen wichtigen Gruppen begleitet wurde, welche verschiedene Modelle geprüft und wieder verworfen haben. Einige SAKO-Mitglieder störten sich daran, dass eine normale Erschliessungsstrasse geplant ist und in den Unterlagen kein Velostreifen erwähnt wird. Die Verantwortlichen der Stadt äusserten in der SAKO-Sitzung den Standpunkt, dass Quartierstrassen fast nie über einen Velostreifen verfügen und der Platz dafür fehlt. Auch zum Schwerverkehr geben die Unterlagen keine Auskunft. Auch aufgrund der Tatsache, dass die Zufahrt ohnehin erstellt werden muss und die Allmendstrasse bis zum Zollhaus saniert und dem Kanton übergeben wird, hat die SAKO dem Kredit mit 5 : 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, gibt bekannt, dass seine Fraktion dem Verpflichtungskredit nur grossmehrheitlich zustimmt und unterschiedliche Meinungen vertritt. Die Infrastrukturanlagen im Gebiet Waldegg sind seit Jahrzehnten gewachsen und wurden stetig den neuen Bedürfnissen von Flug- und Fussballbetrieb angepasst. Die frühere Flugplatzstrasse führte direkt dem heutigen Nebenplatz des FC Lerchenfeld entlang, mit direktem Anschluss an die Allmendstrasse. Eine spätere Korrektur leitete die Strasse direkt auf die Waldegg-Kreuzung. Seit Inbetriebnahme des Clubhauses müssen die Spieler mit ihrem Trainingsmaterial die Strasse überqueren, um die Rasenfelder südöstlich der Flugplatzstrasse zu erreichen. Eine signalisierte Querung ist nicht vorhanden und Verkehrsberuhigungsanlagen gibt es einzig im Bereich der Einfahrt zum Areal des FC Lerchenfeld. Für die Nutzer der Sportanlagen und die Flugplatznutzer ist die heutige Situation nicht optimal, aber durchaus handhabbar. Die Tatsache, dass in den letzten 22 Jahren keine Unfälle verzeichnet wurden, bestätigt dies. Stadtrat Aegerter war als Präsident der Genossenschaft Sportanlagen Waldegg Mitglied der Arbeitsgruppe Verkehr, die im Zusammenhang mit der Erschliessung für den neuen Abfallsammelhof im Lerchenfeld während fünf Sitzungen das vorliegende Strassenprojekt erarbeitete. Dabei stand immer die Sicherheit der direkt betroffenen Nutzer der Infrastrukturanlagen im Vordergrund. Die Arbeitsgruppe hat verschiedene Erschliessungsmöglichkeiten geprüft, insb. Anschlussvarianten an den Kreisel Zollhaus, zum Beispiel über eine zusätzliche Brücke über die Autobahn, parallel zur Autobahn oder ab dem Zollhaus-Kreisel über das Ausbildungsareal der Armee. Die Variante einer Parallelstrasse vom „Dampfwalze“-Kreisel her Richtung Allmend scheiterte an der geplanten Nutzung durch die armasuisse. Auch keine Option wegen der armasuisse ist die Zufahrt von Südwesten her via die Verbindungsstrasse Allmendingen-Thierachern. Die von der AVAG geschätzten Fahrzeugfrequenzen erscheinen auf den ersten Blick hoch, sind jedoch gemäss Beurteilung durch Verkehrsfachleute als „wenig Frequenz“ einzustufen. Die AVAG und die Stadt Thun haben anlässlich einer Infoveranstaltung Gesamtverkehrszahlen (Zu- und Wegfahrten) präsentiert. Pro Betriebstag (in einer Fünftageswoche à siebeneinhalb Stunden Öffnungszeit) rechnet man mit 40 Bewegungen durch Lastwagen, also ca. fünf Fahrten pro Stunde. Bei Personen- und Lieferwagen bis dreieinhalb Tonnen kommt man auf ca. 960 Fahrten pro Betriebstag (in einer Sechstageswoche), was pro Stunde ca. 130 Fahrten oder gut zwei pro Minuten ergibt. Man geht davon aus, dass die Zufahrten zu ca. zehn Prozent

von der Verbindungsstrasse Allmendingen-Thierachern und zu ca. 90 Prozent von Thun und Uetendorf via Waldeggkreisel über die Flugplatzstrasse kommt. Das Projekt sieht keine Strassen- und Trottoirbeleuchtung vor. Es könnte die bössartige Vermutung aufkommen, dass das Projekt mit Strassenbeleuchtung die Kostengrenze von 2 Mio. Franken sprengen würde und vors Volk müsste. Allein die Tatsache, dass niemand seine Entsorgungsgüter zu Fuss in einen Sammelhof bringt, rechtfertigt das Weglassen der Beleuchtung. Dazu kommt, dass durch die – abgesehen von drei Wochen, während derer auch der Hof geschlossen hat – ganzjährige Beleuchtung der beiden Sportplätze genügend Licht auf die neuen Trottoirs gelangt. Mit dem Bau der beidseitigen Trottoirs wird die Fussgängersicherheit gegenüber heute zu 100% erhöht. Rollerblader gelangen künftig über die neuen Trottoirs direkt auf die Panzerpiste. Mit der Verbreiterung der Strasse auf sechs Meter wird auch die Situation für die Velofahrer und die Juniorinnen und Junioren des FC Lerchenfeld massiv verbessert. Seitens des FC Lerchenfeld gibt es keine Sicherheitsbedenken. Mit der teilweisen Verlegung des Trassees kann Freifläche für eine künftige Nutzung des Flugplatzbetriebs generiert werden. Es bestünde die Möglichkeit, den heutigen Segelflughangar auf die der Allmend zugewandten Seite der Flugplatzstrasse zu verlegen oder dort neue Hangars zu bauen. Damit wird auch die Querung der Flugzeuge obsolet. Verkehrs- und sicherheitstechnisch bedeutet das vorliegende Projekt ein Quantensprung. Die Standortfrage des neuen Abfallsammelhofs kann nicht über das Projekt Flugplatzstrasse geklärt oder bekämpft werden. Stadtrat Aegerter empfiehlt die Annahme des gemeinderätlichen Antrags.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, betont, dass es im vorliegenden Geschäft nicht primär um den Abfallsammelhof geht, sondern um die Schaffung von günstigen Voraussetzungen und die kostenlose Übernahme des Strassenabschnitts. Die massvolle Korrektur erachtet die FDP-Fraktion als zielführend und sie schätzt sehr, dass das Projekt sauber koordiniert ist mit der letzten Etappe der Sanierung der Allmendstrasse. Die Strasse nimmt auf alle Verkehrsteilnehmer Rücksicht und das Erstellen des Trottoirs ist notwendig, da dadurch das Erreichen der Panzerpiste sichergestellt ist. Das Projekt ist ohne Frage breit abgestützt und es geht dabei nicht um ein Zubetonieren des Lerchenfelds, sondern um eine Quick-Win-Situation, inklusive der möglichen Verlegung des Hangars. Die Kosten erachtet die Fraktion insbesondere vor dem Hintergrund der Sicherheit als angemessen. Die FDP-Fraktion nimmt das Geschäft an.

Simon Werren, **BDP**, unterstützt das Projekt, da damit diverse Massnahmen getroffen werden, um die Situation auf einem Teilstück der neuen Flugplatzstrasse zu verbessern. Mit den neu geplanten Trottoirs wird dieser Strassenabschnitt aufgewertet und die Situation für die Fussgänger wird massiv besser. Auch die neue Streckenführung ist zu begrüssen. Die Verkehrssituation wird für alle Strassenbenutzer besser und es entsteht eine ideale Erschliessungsstrasse für den geplanten Sammelhof der AVAG. Es macht auch Sinn, bei den geplanten Bauarbeiten den Planungs- und Baufortschritt des Kreisels Waldegg mit einzubeziehen. Die BDP sagt ja zum Verpflichtungskredit.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, stellt nicht in Frage, dass eine Erschliessung notwendig wird, wenn die AVAG am geplanten Standort einen Sammelhof baut. Seine Fraktion stört sich jedoch an den hohen Kosten, der Tatsache, dass man die Velos schlichtweg vergessen hat und sie fragt sich, ob für eine Quartierstrasse wirklich ein beidseitiges Trottoir nötig ist. Ein einseitiges würde reichen und auf der anderen Seite Platz für Velos schaffen. Aus diesem Grund stellt die SP-Fraktion Antrag auf Rückweisung des Kredits und geht davon aus, dass genügend Zeit für die entsprechende Bearbeitung des Geschäfts vorhanden ist. Der Widerstand gegen den Abfallsammelhof im Quartier wird unter Umständen unterschätzt und es ist nicht sicher, dass die AVAG an diesem Standort den geplanten Sammelhof bauen kann. Die Fraktion nimmt die Absicht zur parallelen Aufgleisung der Projekte zur Kenntnis, befürchtet aber nichtsdestotrotz, dass schlimmstenfalls eine teure Strasse gebaut wird, die nie dem vorgesehenen Zweck zugeführt werden kann. Die SP-Fraktion stellt Antrag auf Rückweisung des Kredits und würde das Geschäft im Falle einer Ablehnung des Rückweisungsantrags ablehnen.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt der armasuisse für die geschenkte Strasse, auch wenn er sich über die Uttigenstrasse mehr gefreut hätte. Die Grünen haben den Eindruck, dass gewisse Strassenbauprojekte vorgezogen und dabei die Velos ausser Acht gelassen werden. Die Fraktion Grüne stimmt dem Votum von Stadtrat Schori zu und ist mehrheitlich für die Rückweisung des Kredits.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, ist überzeugt, dass die Situation am Flugplatz in verschiedener Hinsicht einer Veränderung bedarf. Das Projekt der AVAG liegt im Interesse der Stadt, da ihr Sammelhof

irgendwann ausläuft. Die sanierte Flugplatzstrasse dient jedoch auch vielen anderen Gruppen wie Familien, Spaziergängern und den Nutzern der Sportinfrastruktur. Der Bau der zwei Trottoirs ist aufgrund der wesentlich höheren Sicherheit zu begrüssen. Durch dieses Modell erhalten die Flugplatzbetreiber die Möglichkeit, ihren Betriebsablauf anzupassen und ihre Gebäude auf einer Strassenseite zu bündeln. Das gleichzeitige Einreichen der Baugesuche ist noch kein Garant dafür, dass alles gleichzeitig fertiggestellt wird. Die Übernahme und der Ausbau der Flugplatzstrasse sind richtig und sollen im Zusammenhang mit der Sanierung der Allmendstrasse realisiert werden. Die Fraktion der Mitte wird dem Kredit voraussichtlich einstimmig zustimmen.

Nicole Krenger, **glp**, äussert im Namen ihrer Partei eine abweichende Meinung. Für sie lautete die primäre Frage, warum die Flughafenstrasse gerade jetzt saniert werden soll, ohne zu wissen, ob und wann der Abfallsammelhof kommt. Gewisse Widerstände könnten das Verfahren deutlich verzögern. Stadträtin Krenger ist der Meinung, dass das Baugesuch für die Erschliessung und den Sammelhof auch bei ausstehender Genehmigung des Stadtrats eingegeben werden kann. Es ist klar, dass es eine leichte Verzögerung gibt, wenn der Kredit erneut vor den Stadtrat muss. Doch rechtlich sollte ihrer Ansicht nach keine Abhängigkeit bestehen. Bezüglich der genannten Vorteile für den Flugplatz fehlt ihr das Wissen, ob diese potentiellen Vorteile in absehbarer Zeit vom Flugplatz nutzbar gemacht werden könnten. Weiter bemängelt die glp die Tatsache, dass zwei Vorlagen in einer behandelt werden. Wenn man den Strassenteil vorher unabhängig vom Sammelhof sanieren will, wäre eine separate Darlegung nachvollziehbarer gewesen. So geht aus dem Bericht nicht hervor, wie viel der Ausbau der Strasse kostet, wenn der Sammelhof nicht gebaut wird. Das Eingangsvotum von Gemeinderat Konrad Hädener hat deutlich gemacht, dass es höherrangige Verpflichtungen zur Erschliessung gibt und die Stadt keine Wahl hat. Es ist eine unangenehme Situation für die Politik, wenn man nur ja zu einem Geschäft sagen kann. Die glp wünscht sich für die Zukunft eine besser geplante Kommunikation und Hinweise in den Berichten, wenn eine solche Verpflichtung besteht. Die glp wird dem Kredit zähneknirschend zustimmen.

Daniela Weber, **SVP**, bildet alleine die Fraktionsminderheit. Der jetzige Ausbau gilt nur dem regionalen Sammelhof, zudem wird eine Recyclinganlage für Papier und Karton gebaut. Der Verkehr wird gegenüber heute stark zunehmen. Der Vertreter aus dem Lerchenfeldleis sprach sich in der Begleitgruppe stets gegen diese Variante der Strassenführung respektive die Erschliessung des Sammelhofs aus. Laut Bericht könnte man jedoch davon ausgehen, der Lerchenfeldleis sei mit dem Projekt einverstanden, was aber nicht stimmt. Als Anwohnerin und Vertreterin des Lerchenfeldleis macht sich Stadträtin Weber vor allem Sorgen um die Sicherheit der kleinen Sportlerinnen und Sportler, da der Verkehr (Autos und Lastwagen) auf dieser Strasse massiv zunehmen wird. Zudem kann die Realisierung eines neuen Hangars laut Aussagen noch zwanzig Jahre oder länger dauern. Durch die Strassenquerung der Flugzeuge und die Sammelhofkunden entsteht langjähriges Konfliktpotential. Mit der Annahme des Kredits wird der Grundstein für das AVAG-Projekt gelegt – dem kann sie nicht zustimmen. An den Gemeinderat richtet Stadträtin Weber die Frage, ob das aktuelle Tempo 30 voraussichtlich beibehalten wird.

Peter Aegerter, **SVP**, kann nicht nachvollziehen, wie man das Projekt zurückweisen kann. Insbesondere jetzt, wo die Stadt es geschafft hat, ein Strassenbauprojekt vorzulegen, bei dem auch der Langsamverkehr berücksichtigt und die Sicherheit in den Vordergrund gestellt wird. Das Beispiel Strättligen hat gezeigt, was geschieht, wenn man eine Erschliessung nicht rechtzeitig vornimmt. Das vorliegende Projekt hat an alle gedacht – inklusive an die Velos – und man kann dazu gar nicht nein sagen.

Martin Allemann, **SP**, bemängelt, dass der Bericht unvollständig ist. Gerade bei einem so hohen Kredit darf es nicht sein, dass sich der Gemeinderat zu den wichtigsten Punkten nur mündlich äussert. Gegenüber der Entscheidungsfindungsbehörde hat es mit Respekt zu tun, den Bericht vorher schriftlich abzugeben. Die zu erörternden Fragen waren vorher bekannt und hätten schriftlich festgehalten werden können. Er wünscht sich für kommende Berichte, bei denen es um so hohe Summen geht, aufgrund von Fakten entscheiden zu können.

Franz Schori, **SP**, stimmt dem Votum seines Vorredners Stadtrat Aegerter mit einem Augenzwinkern zu. Dieser hat die Stimmung in seiner Fraktion perfekt wiedergegeben.

Gemeinderat Konrad Hädener will bezüglich des Vorwurfs der Unvollständigkeit nicht behaupten, alle Stadtratsberichte seien perfekt. Die Fragen, die den Stadtrat und die Öffentlichkeit bewegen, kann der

Gemeinderat jedoch nicht immer vorwegnehmen, weshalb es ein Mitberichtsverfahren gibt. Der Gemeinderat versucht dann, im Bericht auf Unklarheiten einzugehen. Dieser Anspruch ist in der Praxis oftmals sehr schwierig zu erfüllen, obwohl der Gemeinderat den Grundsatz, dass der Bericht perfekt sein sollte, nicht bestreitet. Den Vorwurf mangelnden Respekts möchte er von sich weisen, da oft erst in der Vorberatung der Geschäfte deutlich wird, was den Stadtrat bewegt. Zum Votum von Stadträtin Weber, der Ausbau der Strasse diene nur dem Sammelhof, wurde in mehreren Voten berechtigterweise das Gegenteil ausgeführt. Die Sicherheit der Sportler wird verbessert. Es besteht aktuell keine Absicht, an der Temporegelung etwas zu ändern, da die Kurve verschärft wird, was gegen ein höheres Tempo spricht. Zur Frage nach dem „Warum jetzt“ von Stadträtin Krenger ist auf das Geschäft betreffend die Erschliessung des Wirtschaftsparks Schoren zu verweisen, bei dem damals die „Warum jetzt“-Voten gewannen. Gemeinderat Konrad Hädener ruft dazu auf, erst einmal abzuwarten. Die Entscheidung damals war ein Fehler, aus dem man lernen kann. Erschliessung ist nämlich Voraussetzung – und nicht Folge – der Entwicklung. Die Baubewilligung für die Strasse hängt nicht vom Sammelhof ab, jedoch wird umgekehrt der Sammelhof keine Baubewilligung erhalten, wenn der Stadtrat die Finanzierungsvoraussetzung für die Strasse nicht schafft. Zu den Plänen des Flugplatzvereins ist zu sagen, dass dieser aus verschiedenen Fluggruppen besteht. Die Oldtimer-Gruppe verfügt seit Langem über ein spezifisches Projekt für einen Oldtimer-Hangar und ist im Gespräch mit der armasuisse für ein erweitertes Baurecht, welches diese zugesichert hat. Als jedoch die Pläne für den Sammelhof bekannt wurden, hat die armasuisse der Fluggruppe eine Ablehnung zugunsten der Stadt erteilt, da die öffentlichen Interessen Priorität haben. Das Projekt besteht noch, mit geänderter Perspektive, zur Realisierung auf der anderen Strassenseite. Es gibt weitergehende, noch nicht spruchreife Pläne, praktisch die ganze Flugplatzinfrastruktur auf der anderen Strassenseite anzulegen. Das alles ist weder beschlussreif noch finanziert, doch mindestens für einen Hangar sollen die Voraussetzungen für eine Verschiebung geschaffen werden. Der Vorwurf der SP, die Velos seien vergessen gegangen, ist eine unfaire Unterstellung. Bei einer Fahrbahnbreite von sechs Metern sehen die gesetzlichen Grundlagen vor, dass es keinen Velostreifen gibt – dafür müsste die Fahrbahnbreite achteinhalb Meter betragen. Als Zwischenlösung gäbe es die sogenannte Kernfahrbahn mit Velostreifen, aber ohne Mittelstreifen, was problematisch ist beim Kreuzen von zwei grossen Fahrzeugen. Der Gemeinderat würde gerne den Ausbaustandard der Allmendstrasse nach hinten weiterziehen mit einer guten Lösung für Fussgänger und Velofahrer, doch das würde teurer werden und der Platz ist nicht vorhanden. Bei einer Strassenbreite von achteinhalb Meter würde eine Beeinträchtigung der Sport- und Freizeitanlage entstehen. Im Interesse des Service Public muss eine bessere Lösung für den heutigen Sammelhof gefunden werden, der aus allen Nähten platzt. Die Rückweisung des Geschäfts gefährdet die Qualität des Service Publics. Er bittet den Stadtrat um Annahme des Verpflichtungskredits.

Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wird mit 23 : 15 Stimmen abgelehnt.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 4. Juli 2018, beschliesst mit 23 : 14 Stimmen und einer Enthaltung:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1'900'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.056 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für den Ausbau der Flugplatzstrasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

61. Interpellation I 9/2018 betreffend Erstellung eines Reisemobil-Stellplatzes auf städtischem Gebiet

Alain Kleiner (SVP/FDP-Fraktion) und Mitunterzeichnende vom 7. Juli 2018; dringliche Beantwortung

Alain Kleiner, **SVP**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Er ist davon befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Alain Kleiner freut sich, dass das Projekt seit der einstimmigen Annahme und Überweisung des Postulats zur Erstellung eines Reisemobilstellplatzes im Jahr 2015 nun zum Fliegen kommt. Es ist einsichtig, dass man die Synergien mit dem Camping Gwatt nutzen will, auch wenn der Stellplatz leider nicht an zentraler Lage ist. Das Postulat erachtete Ver- und Entsorgungsanlagen zwar als wünschenswert, jedoch nicht zwingend am gleichen Ort. Auch für die Nutzung der Infrastruktur in der Stadt hat er sich einen möglichst zentralen Platz erhofft. Der Gemeinderat hat den Ver- und Entsorgungsanlagen etwas viel Gewicht beigemessen – ein zentraler Platz für kleinere Fahrzeuge wäre auch ohne viel Infrastruktur ausgekommen. Er freut sich, dass Reto Vannini, der vor dem Rat einst ein Referat zum Thema Fäkalienanlagen hielt, heute Abend als Zuschauer anwesend ist und mitbekommt, dass das Projekt im 2019 realisiert werden soll. Stadtrat Kleiner freut sich über den Ausgang und wünscht sich, dass zusätzlich noch ein Platz für kleinere Fahrzeuge in Stadtnähe realisiert wird.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, kann sich Stadtrat Kleiner in fast allen Punkten anschliessen. Die Nutzung von Synergien mit dem Campingplatz ist begrüssenswert. Zentraler hätte man den Reisemobil-Stellplatz mit gutem Gewissen nicht planen können, mit den sehr regelmässigen Busverbindungen in die Stadt und dem Velo-Verleihsystem gleich nebenan.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, findet es sinnvoll, den Bedürfnissen der Reisemobil-Touristengruppe Aufmerksamkeit zu schenken und passende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Frage, wie zentral der Platz sein soll, erachtet sie als sekundär. Viel bedeutender sind eine gute Erreichbarkeit von den Transitstrecken her, funktionierende Infrastruktur, eine schöne Umgebung und ein abwechslungsreiches Freizeitangebot, was der geplante Stellplatz neben dem Bonstettenpark alles bietet. Wer lieber im belebten Zentrum übernachten will, kann dies problemlos für eine Nacht tun. Alle vorgeschlagenen Alternativen sind noch in Entwicklung und daher unsicher oder wegen anderen Projekten unrealistisch. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass der geplante Standort gut gewählt ist und ein attraktives Angebot darstellt.

Susanna Ernst-Reusser, **FDP-Fraktion**, ist mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden. Ihr erscheint wichtig zu erwähnen, dass das Übernachten auf Parkplätzen für eine Nacht bereits möglich ist. Ihre Fraktion hat absolutes Verständnis dafür, dass man Abwasser und Frischwasser in der Nähe beziehen möchte. Den geplanten Stellplatz im Raum Bonstettenpark findet sie eine gute Lösung, gerade mit den Busverbindungen und dem Velo-Angebot.

Gemeinderat Konrad Hädener weist auf die rechtlichen Unterschiede zum Campieren hin. Gerade auf der Lachenwiese darf man trotz des Signals „Campieren verboten“ sein Reisemobil abstellen und übernachten, muss aber auf seine Aussen-Infrastruktur verzichten. Der Vorteil ist, dass es dort keine markierten Parkfelder gibt, die man ansonsten einhalten müsste. Beim Campieren fährt man im Unterschied dazu beispielsweise das Vordach aus und stellt Tisch und Grill auf, was auf der Lachenwiese eben gerade nicht erlaubt ist. Es muss gewürdigt werden, dass Touristen beim TCS-Camping im Gwatt über die normalen Voraussetzungen hinaus auch noch einen topmodernen Spielplatz, Duschen, eine Badebucht, ein Restaurant und Personal zur Verfügung haben.

62. Postulat P 6/2018 betreffend Steigerung der Biodiversität in Thun

Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018; Beantwortung

Franz Schori, **SP**, erinnert daran, dass es in der allgemeinen Verantwortung liegt, für eine hohe Biodiversität zu sorgen. Es ist traurig zu sehen, wie die Biodiversität in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat. Umso erfreulicher ist es, dass der Bundesrat entsprechende Ziele zum Erhalt der Biodiversität gesetzt hat und der Gemeinderat bereit ist, das Postulat anzunehmen. Aus der Stellungnahme des Gemeinderats ist ersichtlich, dass im Tiefbauamt bereits Einiges in Arbeit ist. Was noch fehlt, sind der Einbezug des Amtes für Stadtliegenschaften und das Schaffen von langen Wegen für gewisse Tiere, wie z.B. Autobahnquerungen. Er geht davon aus, dass man beim Erarbeiten einer Strategie, wie sie das Postulat fordert, auf diese Punkte gebühren eingehen wird. Stadtrat Schori hofft auf Überweisung des Postulats durch den Rat und ist gespannt, wie sich die Biodiversität in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, freut sich, bereits an seiner ersten Sitzung die Fraktion vertreten zu dürfen. Das BAFU bezeichnet die Biodiversität in der Schweiz als ungenügend, da die Hälfte aller Lebensräume und ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz gefährdet sind. Die Lage ist ernst, denn das Zusammenspiel der verschiedenen Arten der Tier- und Pflanzenwelt ist extrem wichtig für das Leben auf unserem Planeten. Die SVP-Fraktion ist sich der drohenden Gefahr und der Wichtigkeit dieses Themas mehr als bewusst. Kritisch anzumerken ist, dass aus dem Postulat nicht hervorgeht, was die Strategie beinhalten soll und wie ausführlich sie sein soll. Es liegen bereits etliche internationale, nationale und kantonale Strategien und Studien und Aktionspläne zum Thema vor. Der SVP-Fraktion ist bei der Entwicklung der Strategie deshalb wichtig, dass kein zu grosser Aufwand betrieben wird, der zu unnötigen Kosten führt. Das Ziel muss sein, möglichst unkompliziert mit vernünftigen und wirkungsvollen Aufwendungen einen angemessenen Ertrag zu erzielen. Weil die Biodiversität so wichtig ist, folgt die Fraktion dem Antrag des Gemeinderats und unterstützt das Postulat.

Daniela Huber Notter, **BDP**, freut sich über das Bewusstsein des Gemeinderats zur Bedeutung der Biodiversität. Sie begrüsst auch die finanzielle und personelle Beteiligung der Stadt, da diese Massnahmen massgeblich zur Steigerung der Biodiversität in Thun beitragen. Die BDP unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, freut sich über das grüne Anliegen von Franz Schori und das Votum von Stadtrat Borter. Sie verweist auf die Motion der Fraktion Grüne und SP betreffend die Erhöhung ökologischer Pflege von öffentlichen Grünflächen vom 28. Juni 2012, die verlangte, mit geeigneten Massnahmen den Anteil an naturnahen Grünflächen auf 50 Prozent zu erhöhen. 2010 lag der Anteil dieser naturnahen Flächen bei 19.5 Prozent. Sie freut sich zu lesen, dass das Anliegen bei der Verwaltung offene Türen einrennt. Der Fraktion wäre aber genauso wichtig, den Worten Taten folgen zu lassen und das Konzept umzusetzen. Sie wünscht sich, dass man die Möglichkeiten nutzt, die sich bieten – gerade, wenn es um die Aufwertung der Innenstadt geht. In den Quartieren könnte man auf den Grünstreifen neben den Trottoirs, wo Rasen gesät wurde, unter Einbezug der Bevölkerung eine Vielfalt schaffen. Im Fall Umgestaltung Lauenenplätzli geht sie davon aus, dass der Biodiversität Beachtung geschenkt wird. Die Grünen unterstützen den Vorstoss und sind gespannt zu hören, ob der Anteil an naturnahen Flächen seit 2010 gesteigert wurde.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, betont, dass eine Strategie allein nicht reicht, um die Biodiversität zu steigern. Die Fraktion der Mitte sieht, dass der Gemeinderat in vielen Projekten dabei ist und Einiges aufgeleistet hat. Die Fraktion der Mitte wird dem Postulat zustimmen.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, betont, dass es sich bei Grünflächen allein noch nicht um Biodiversität handelt. Massnahmen wie Wildbienenhäuser oder Mischblumenwiesen fördern diese jedoch aktiv.

Claude Schlapbach, **FDP-Fraktion**, findet wichtig, dass nicht noch mehr Studien erstellt werden, sondern die Umsetzung starten kann. Er nennt das Beispiel der Aarefeldstrasse, wo nicht viel für die Biodiversität getan wurde. Die FDP-Fraktion nimmt das Postulat an.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt Stadtrat Borter für seinen gelungenen Einstand mit überzeugendem Expertenwissen bezüglich Biodiversität. Sie beschäftigt sich schon lange mit dem Thema Biodiversität und schätzt sehr, dass es heute einen solchen Anklang findet und so reflektiert in den Voten daherkommt. Die Biodiversität verliert häufig in der Interessenabwägung, weshalb als Strategie eine kurze und pragmatische Bündelung der Aktivitäten gefragt ist. Dank der wohlwollenden Aufnahme des Postulats teilt sich die Gemeinde mit Kanton und Bund die Verantwortung, die Biodiversität im Kleinen zu erhalten. Durch qualitativ hochstehenden Grünraum können die heissen Temperaturen in den Wohnquartieren etwas abgeschwächt und die Lebensqualität erhöht werden. Die Frage von Stadträtin de Meuron nach den Zahlen des Anteils an naturnahen Flächen nimmt der Gemeinderat für eine Analyse auf und wird die SAKO darüber informieren.

Franz Schori, **SP**, freut sich sehr über die positive Aufnahme des Postulats. Auch er begrüsst es, wenn man sich auf Massnahmen konzentriert, statt lange Strategien zu erarbeiten. Er ist gespannt auf die vielfältige biologische Entwicklung der Stadt in den nächsten Jahren.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt.

Sitzungsunterbruch von 19.00 bis 19.30 Uhr.**63. Interpellation I 5/2018 betreffend Treu und Glauben in Sachen Parkplätze in der Innenstadt****Andrea de Meuron (Grüne Thun) vom 22. März 2018; Beantwortung**

Andrea de Meuron, **Grüne**, ist von der Antwort nicht befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Die Interpellation wurde vor dem Hintergrund dessen eingereicht, was die Medien berichteten, so Andrea de Meuron, **Grüne**. Das Stimmvolk muss sich darauf verlassen können, dass Behörden und Verwaltung nach Treu und Glauben handeln. Beim Lesen der Antwort zu Frage 1 ist sie erstaunt, dass der Gemeinderat aussenvor lässt, dass bei der Vereinbarung um jedes Wort gefeilscht und genau abgemacht wurde, wo es Ausnahmen geben darf und wo nicht. Sie erinnert an die Abstimmung, bei der das Thuner Stimmvolk knapp ja sagte zum Parkhaus. Sie wagt zu behaupten, dass viele Leute deshalb ja sagten zum Parkhauskredit, weil sie glaubten, dass die Innenstadt dann vom Parkplatzsuchverkehr befreit würde. Die Vereinbarung enthält eine Skizze mit einem Perimeter, innerhalb dessen die Parkplätze aufgehoben werden sollten. Darin befinden sich u.a. das Bälliz, die Hauptgasse, der Stadthofplatz und der Bärenplatz. Dass dies in der gemeinderätlichen Antwort nicht erwähnt wird, bedauert sie. Die Grundlage für den Gemeinderat, zu entscheiden, dass in diesem Perimeter die Parkplätze aufgehoben werden, ist vorhanden. Vor sechs Jahren fand die Abstimmung statt und in drei Monaten wird das Parkhaus eröffnet und somit der Parkhausring fertiggestellt. Aufgrund der grossen Unsicherheit und Unklarheit wurde eine Begleitgruppe eingesetzt, die jedoch nicht erfahren hat, dass man Anfang Jahr publizierte. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass es zu Unsicherheiten und zahlreichen Beschwerden kam. Dies führte u.a. zu Verunsicherung bezüglich des Güterumschlags. Angesichts dieser Tatsache fragt sich Stadträtin de Meuron, wie man diese sechs Jahre genutzt und die Betroffenen eingebunden hat. Dies ist kein optimaler Prozess. Mit dem Bau des Parkhauses wurde versprochen, die Innenstadt werde attraktiver. Dieses Bedürfnis teilt der ganze Stadtrat, jedoch ist die Sache mit der Aufhebung von Parkplätzen nicht erledigt. In den verbleibenden drei Monaten kann eine Aufwertung nur noch beschränkt stattfinden. Es ist Bestandteil der Baubewilligung, dass die Parkplätze aufgehoben werden müssen. Die Antwort zu Frage 3 zeigt, dass nicht wirklich Zahlen zur Beurteilung der Wirkung der Massnahme vorliegen. Bezüglich Frage 4 bezweifelt Stadträtin de Meuron, dass man gewährleisten kann, dass am Schluss alle zufrieden sind. Sie ist froh zu lesen, dass der Gemeinderat optimistisch ist, andernfalls müsste man sich fragen, wen man zur Rechenschaft ziehen müsste. Auch wenn sie nicht glaubt, dass man das Parkhaus rückbauen müsste, sollten die Stadt und die Parkhaus Thun AG zumindest mit gutem Beispiel vorangehen und alles gemäss Versprechen umsetzen. Bezugnehmend auf Frage 5 wünscht sich die Fraktion, dass die Fachleute auch bei den Diskussionen dabei sind. Aus ihrer Sicht werden viele wichtige Fragen, die die Gewerbetreibenden und Anwohner in der Innenstadt betreffen, nicht über Parkplätze gelöst, sondern über die Frage, wann man die Stadt wie befahren darf (Güterumschlag, Patiententransporte etc.). Die Signalisation ist ein wesentlicher Bestandteil des Verkehrsregimes und die künftige Gestaltung muss gewährleisten, dass der unnötige Verkehr aus der Innenstadt verschwindet, während der nötige von Geschäften und Anwohnern noch stattfinden darf. Dabei ist der Einbezug der Abteilung Sicherheit und Soziales wichtig.

Gemeinderat Konrad Hädener erläutert den Stand der Arbeiten in der von der Interpellation erwähnten Begleitgruppe, da aus dem Stadtrat nur Samuel Bühlmann und Andrea de Meuron involviert sind. Die Begleitgruppe hat seit 2014 zehnmal getagt und eine Lösung erarbeitet, von der sie behauptet, sie sei als Konsenslösung denkbar und die sehr weit geht in der Einigung. Die letzte Sitzung fand unmittelbar vor den Sommerferien statt. Bezüglich einer Frage wurde kein Konsens erreicht, weshalb die Begleitgruppe den Wunsch äusserte, den Entscheid des Gemeinderats abzuholen. Der Gemeinderat wird in den nächsten drei Wochen entscheiden und hat der Begleitgruppe in Aussicht gestellt, dass er auch Öffentlichkeits-

arbeit machen wird. Alle Organisationen werden einige Tage Vorlauf erhalten, damit sie ihre Stellungnahmen vorbereiten können. Konsens besteht bei der Frage, welche Parkplätze aufgehoben werden sollen, und der Frage zum Verkehrsregime über die ganze Innenstadt. Offen ist einzig die Frage der Anlegerzeiten, über die der Gemeinderat entscheiden wird. Bezugnehmend auf die Tagesaktualität erwähnt Gemeinderat Konrad Hädener die heutige Medienmitteilung des VCS. Die Aussage, dass die von Gemeinderat Konrad Hädener eingesetzte Begleitgruppe noch keine Lösung vorgelegt habe, stimmt in doppelter Hinsicht nicht. Er hat diese Begleitgruppe nicht eingesetzt, allerdings war Stadträtin de Meuron dabei. Man hielt fest, dass es sich um ein Spin-off aus der Spezialkommission Verkehr handelte, die bereits im Mai 2013 beschlossen hat, die Begleitgruppe speziell für diesen Prozess auszugliedern. Anschliessend tagte die Begleitgruppe neunmal unter seinem Vorsitz. Er wünscht sich, dass man bei solchen Aussagen möglichst nahe an den Fakten bleibt. In der Medienmitteilung beansprucht der VCS die Urheberschaft der von der Begleitgruppe erarbeiteten Lösung. Er findet es schwer nachvollziehbar, dass der VCS einerseits die Lösung für sich beansprucht und dem Gemeinderat auf der anderen Seite einen Verstoß gegen Treu und Glauben vorwirft. Auf der anderen Seite ist es ermutigend, wenn einzelne Organisationen aus der Begleitgruppe die in der Gruppe erarbeitete Lösung für sich beanspruchen – dies zeigt eine Identifikation mit der Lösung. Diese ausgestreckte Hand wird der Gemeinderat gerne ergreifen für den letzten zu klärenden Punkt. Für die Umsetzung des Kommenden muss das Regime über die weiteren Verkehrsmassnahmen noch verfügt werden und dies wird wiederum beschwerdefähig sein. Alle Mitglieder der Gruppe haben die vorliegende Lösung bis auf den einen Punkt als solche anerkannt. Gemeinderat Konrad Hädener hegt deshalb die Hoffnung, dass man damit durchkommt. Auf die Frage 4, was passiert, wenn man nicht fertig ist bis zur Eröffnung des Parkhauses, kann er sagen, dass dies die Basis für einen Baupolizeifall bilden könnte. Solche Fälle werden jedoch typischerweise nicht innerhalb von zwei bis drei Tagen erledigt.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, findet es irritierend, dass der Gemeinderat eine Begleitgruppe einsetzt und man seitens der Interpellanten wieder via Stadtrat verkehren muss. Eine Erledigung innerhalb der Begleitgruppe wäre zu begrüßen. Er dankt dem Gemeinderat für die präzise Beantwortung der Interpellation. Noch in dieser Sitzung wird auch über den Perimeter gesprochen, in dem viele Parkplätze aufgehoben wurden. Es ist offensichtlich und spürbar, dass die oberirdischen Parkplätze Schritt für Schritt aufgehoben werden. Auch ist richtig, dass die Umsetzung einen gewissen Spielraum bietet, da es noch andere Bauvorhaben und Massnahmen gibt und eine Koordination erforderlich ist. Inhaltlich und rechtlich ist die Aufhebung auf Kurs. In der Begleitgruppe Verkehr sitzen auch Stadträtinnen und Stadträte, die wissen, dass das rechtlich festgesetzte Ziel korrekt verfolgt wird und die bestens über das Vorgehen informiert sind. Er fragt sich deshalb, weshalb diese Interpellation nötig war. Bezüglich Medienmitteilung findet die Fraktion es befremdend, einen bevorstehenden Kompromiss als eigene Idee zu verkaufen. Er ruft dazu auf, den Gemeinderat arbeiten und pragmatisch sowie flexibel Lösungen aufzeigen zu lassen, und die Energie nicht mit dem Kreieren von fiktiven Problemen zu verschwenden.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Bei der Vereinbarung zwischen der Stadt Thun, der IGT und dem VCS handelt es sich um einen typisch schweizerischen Kompromiss. Sie war Teil der Abstimmungsbotschaft zum Parkhaus Schlossberg und der Grund, dass die SP dieser zustimmte. Die SP befürwortete die Aufhebung der Parkplätze und akzeptierte das Parkhaus lediglich als Kompromiss. In der Antwort zur Interpellation wird von einer Konsenslösung gesprochen. Die SP Thun lancierte 2006 eine Initiative, die eine Fussgängerzone in der Innenstadt und die Aufhebung der Parkplätze forderte. Wie von Gemeinderat Konrad Hädener angesprochen, gibt es auch noch Differenzen. So ist es inakzeptabel, dass in die Fussgängerzone in der Oberen und Unteren Hauptgasse am Nachmittag ein Vierzigtöner einfahren kann. Durch die Uneinigkeit besteht die Gefahr, dass die Umsetzung durch Einsprachen verzögert wird. Zu Frage 1 nach Treu und Glauben zeigt sich bei genauem Lesen von Ziffer 2 der Vereinbarung, dass die Anpassungen das Parkraumkonzept und nicht die Vereinbarung betreffen. Zur Frage 5 betreffend den Einbezug der Direktion Sicherheit und Soziales in die Begleitgruppe wäre sinnvoll zu wissen, ob die Signalisationen und Massnahmen auch umgesetzt werden können. Die SP-Fraktion verlangt eine Sensibilisierungskampagne nach der Umsetzung. Zu Frage 4 steht im Bauentscheid deutlich, dass die Vereinbarung umgesetzt sein muss, bevor das Parkhaus eröffnet wird. Er sieht die Gefahr, dass das Parkhaus nicht eröffnet werden kann, wenn die Massnahmen aus der Vereinbarung nicht umgesetzt sind. Einsprachen gegen die Massnahmen können das Ganze wiederum verzögern. Zur Frage 6 ist zu sagen, dass die Parkhaus Thun AG noch andere Aktionäre als die Stadt Thun hat. Die Thuner Parkhäuser haben eine massive Überkapazität, die er auf 500 Parkplätze nach

Eröffnung des Parkhauses Schlossberg schätzt. Die Aufhebung von möglichst vielen Parkplätzen rings um die Parkhäuser sollte deshalb im Interesse der Parkhaus Thun AG sein. Man muss nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen dafür sorgen, dass die Konkurrenz weg ist. Wenn der Verwaltungsratspräsident der Parkhaus Thun AG aber der Stadtpräsident ist, sieht er einen gewissen Interessenkonflikt.

Jonas Baumann-Fuchs, **EVP**, betont, dass es der Fraktion der Mitte in keiner Weise darum geht, die Diskussion unter den Tisch zu schieben. Sie verstehen jedoch das Vorgehen methodisch nicht. Die Begleitgruppe arbeitete an der herausfordernden Aufgabe, einen Konsens zu finden, der nicht einfach auf der Hand lag, und in den Papieren von dazumal gibt es Fragen, die nicht minutiös geregelt sind. Das bedeutet Arbeit, um einen Konsens zu erlangen. Die Begleitgruppe war breit abgestützt und alle betroffenen Gruppen waren eingeladen. Jetzt ist es am Gemeinderat, in der Sache eine Entscheidung zu fällen, zu der kein Konsens gefunden wurde. Nach seinem Verständnis ist danach der Moment, sich im Stadtrat zu dieser Entscheidung zu äussern. Vor dieser Entscheidung ist die Diskussion nicht zielführend. Dies ist keine Aussage über die Haltung der Fraktion der Mitte, sondern darüber, dass die methodische Vorgehensweise nicht geschickt gewählt wurde. Die Fraktion wird den Entscheidung entgegennehmen und sich dann entsprechend dazu äussern.

Susanna Ernst, **FDP-Fraktion**, ist mit den Antworten zufrieden. Es handelt sich um einen laufenden Prozess und es werden Lösungen erarbeitet, die teils schon skizziert wurden. Deshalb findet die FDP-Fraktion diese Interpellation obsolet. Sie kann sich nicht vorstellen, wie nach der Aufhebung der Parkplätze der Umschlag auf dem Stadthof- und Bärenplatz und die gleichzeitige Begrünung des Parkplatzes aneinander vorbeigehen sollen. Entweder bleiben die Parkplätze leer und erlauben den Warenumschlag, oder man begrünt sie. Punkto Signalisation hat sie nichts dagegen, wenn die Abteilung Sicherheit und Soziales in der Begleitgruppe dabei ist. Wenn es jedoch ausschliesslich um die Signalisation geht, kann das sicher auch auf dem Vernehmlassungsweg getan werden.

Andrea de Meuron, **Grüne**, betont an Stadträtin Ernst gerichtet, dass die Strassenraumgestaltung die Einhaltung der Signale berücksichtigen muss. Sie hat nicht gesagt, sie wolle Güterumschlag auf dem Stadthof- und dem Bärenplatz – dies steht in der Vereinbarung in der Abstimmungsbotschaft. Es gibt sehr wohl die Möglichkeit einer mobilen Begrünung. In Interlaken wird mit mobilen Behältern begrünt, die bei Festen und Aktivitäten verschoben werden können. Stadträtin de Meuron entschuldigt sich bei Gemeinderat Konrad Hädener dafür, dass in der VCS-Medienmitteilung fälschlicherweise behauptet wird, die Begleitgruppe sei von ihm eingesetzt worden. Der Punkt ist jedoch, dass man seit sechs Jahren weiss, was Sache ist. Dem VCS liegt es fern, etwas für sich zu beanspruchen, was jemand anderes erarbeitet hat. Sie betont, dass in der Begleitgruppe sehr konstruktiv zusammengearbeitet wurde und die Beteiligten sich in ihrer Freizeit getroffen und nach Lösungen gesucht haben. Es war wohl eine Reaktion auf die Beschwerden, die Reaktion in den Medien und das Unverständnis vieler Leute, dass ein Druck entstand und die Begleitgruppe mehr als geplant tagen musste. Stadträtin de Meuron beansprucht im Namen des VCS für sich, dass sie diese Lösung sehr wohl erarbeitet haben. Genau bei den Signalen und der fehlenden Strassenraumgestaltung sehen sie ein grosses Risiko, dass der Verkehr in der Stadt bleibt, wenn auf dem Stadthofplatz weiterhin Kurzzeitparkplätze bestehen. Dazu fehlt die Antwort. Der VCS hat seine Bedingungen klar und transparent kommuniziert und war mit der IGT zusammen massgeblich an dieser Lösung beteiligt. Den Vorwurf, etwas für sich zu beanspruchen, das sie nicht gestaltet haben, weist sie klar von sich.

Till Weber, **JG**, betont, dass die SP damals der Aufhebung der Parkplätze zugestimmt hat und nicht dem Parkhaus. Beim Beobachten des Prozesses fragt er sich, ob man der Aarefeldstrasse zu viel Gewicht beigemessen hat und der Innenstadt zu wenig. Als er sich bei der SAKO nach dem Stand der Arbeiten bezüglich Schlossberg-Parkhaus erkundigte, wurde ihm versichert, dass alles pünktlich laufe. Dies wird sich diesen Herbst zeigen. Sein Verständnis einer Begleitgruppe sagt ihm, dass es zweifelhaft ist, von der Begleitgruppe, die aus Freiwilligen besteht, Lösungen zu erwarten. Dies ist eher Aufgabe der Stadt oder eines durch diese beauftragten Verkehrsplaners. Wenn man eine Aufhebung der Parkplätze kommuniziert, daraufhin Einsprachen eintreffen und man eine Lösung nachliefern muss, ist in der Planung einiges schiefgelaufen. Seines Erachtens läuft bei der Aufhebung der Parkplätze nicht alles nach Treu und Glauben.

Philipp Deriaz, **SVP**, äussert an Stadtrat Weber gerichtet, dass man bei einem Kompromiss beidem zustimmt, auch wenn man nicht an beidem gleiche Freude hat. Er versteht nicht, was noch diskutiert wird, da man sich kurz vor einer Lösung befindet. Er ruft dazu auf, den Gemeinderat arbeiten zu lassen und hat das Gefühl, dass gewisse Leute Angst haben, dass das Problem bereits gelöst ist und man es nicht mehr bewirtschaften kann.

Roman Gugger, **Güne**, kontert, dass auch nach Aufhebung der Parkplätze noch genügend zu bewirtschaftende Probleme auf dem Tisch liegen. Es wurde mehrfach betont, die Interpellation sei völlig unnötig. Im März, als die Interpellation eingereicht wurde, war man noch weit von einem Konsens entfernt. So sah der Stadtpräsident gemäss einem Zeitungsartikel noch Spielraum und es lagen Berichte über zahlreiche Einsprachen vor, weshalb Stadträtin de Meuron diese Interpellation einreichte. Wenn sich die Interpellation heute erübrigt hat, freut er sich.

Gemeinderat Konrad Hädener betont an Stadtrat Gugger gerichtet, dass von Seiten Gemeinderat keine Kritik an den Fragestellungen der Interpellation geäussert wurde, jedoch von der Urheberin die Diskussion gewünscht wurde. Er bleibt bei seiner anfänglichen Einschätzung und erachtet die breite Abstützung im Rat als ermutigend. Da es bezüglich aufzuhebender Parkplätze keine Differenzen mehr gibt, sieht er auch keinen Interessenkonflikt in der Doppelfunktion des Stadtpräsidenten.

64. Interpellation I 8/2018 betreffend "Von der Idee einer einladenden grünen Flaniermeile zur Realität einer Stolpermeile ohne jeden Charme!"

Fraktion Grüne vom 17. Juni 2018; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist von der Antwort befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Thomas Hiltbold, **Grüne**, wurde von verschiedenen, eher älteren Personen angesprochen, sie seien auf der neuen Flaniermeile zwischen der Scherzligbrücke und dem Bahnhof gestolpert oder sogar verunfallt mit anschliessender mehrtägigen Bettlägerigkeit. Er hat zwischen der Einreichung der Interpellation und der Antwort des Gemeinderats die rechtlichen Grundlagen geprüft und kann insofern Entwarnung geben, als keine Verantwortlichkeitsklagen auf die Stadt Thun zukommen. Das in seinen Augen umstrittene Metallband, das schräg über den Weg führt, reicht genau bis 3 Zentimeter ab Boden und ist somit im Rahmen des Niveauunterschieds, der nach Behindertengesetzgebung beim Bauen beachtet werden soll. Der Übergang der Flaniermeile auf das Trottoir in Richtung Bahnhof weist nur einen Niveauunterschied von maximal eineinhalb Zentimeter auf, mit einer fussgängerfreundlichen, abgerundeten Zementplatte. In diesem Perimeter ist ihm auch kein Unfall bekannt. Das erwähnte Metallband wurde immerhin markiert, ist jedoch nach wie vor eine Stolperfalle und es besteht die Gefahr, dass es in der kälteren Jahreszeit aufgrund der Dunkelheit und des Zementbodens nicht gesehen wird – nicht zuletzt deshalb, weil die heutigen Fussgänger den Blick statt auf den Boden gerne auf das Handy richten. Dieser Tatsache muss die Stadt Rechnung tragen. Die Zementplatten, die den Fussgängerbereich markieren sollen, wurden – wohl aus ästhetischen Gründen – über den Scherzligweg gezogen, der als Strasse gilt. Von der Brücke herkommend entsteht der Eindruck, man befinde sich schon auf dem Trottoir, wenn man noch auf der Strasse steht, und man beginnt zu flanieren. Wenn man dann gegen den Bahnhof abbiegt, schneidet das Metallband schräg hinein. Dies ist ein Problem und es besteht Verbesserungspotential, beispielsweise mit einer grelleren Markierung. Stadtrat Hiltbold bedauert die Bäume, die auf der Aarefeldstrasse in Zement eingebettet von Hunden als Klo und von Menschen als Abfalldeponie benutzt werden. Mittlerweile hat man erfreulicherweise den Freiraum um die Stämme herum mit weissen Steinen aufgefüllt und die Abfalleimer-Funktion ist verloren gegangen. Von elf Bäumen sind immerhin sechs einheimisch. Statt den exotischen Tulpenbäumen hätte man eine Allee von einheimischen Ahornen und Linden pflanzen können, die das raue Klima an der Aarefeldstrasse ertragen – dies wäre städtebaulich schöner gewesen als der jetzige Mix. Mit dieser Vorgehensweise setzt sich die Stadt in Widerspruch. Es gibt einen Leitfaden für „Mehr Natur im Siedlungsraum“, der vorsieht, dass einheimische Pflanzen verwendet werden sollen, weil diese auch für die einheimischen Tiere besser sind. Dieser Grundsatz, der auch bei privaten Überbauungen als Auflage gilt, wurde hier nicht befolgt. Es wäre ihm lieber gewesen, wenn man mehr begrünt

hätte, als grossartige Strategien zu kreieren. Beim Herumfragen in seinem Bekanntenkreis hat er niemanden gefunden, der Gefallen findet an der panzerpistenartigen Flaniermeile. Auch wurde er auch noch nie von jemandem zum Flanieren auf der Aarefeldstrasse eingeladen. Bei der Ecke Scherzligbrücke/Aarefeldstrasse handelt es sich um einen einmaligen touristischen Hotspot, auch für Thuner sehr attraktiv. Die Chance, den breiten Weg, der vom Bahnhof dorthin führt, zu gestalten, wurde nicht ergriffen. Er ist enttäuscht von dem Resultat der Investition der 850'000 Franken, denn die Meile hat nach wie vor keinen Charme. Von mediterranem Touch ist nichts zu fühlen, besonders, wenn nachts noch kühle LED-Lampen den Zement beleuchten. Thun hätte eine attraktivere Fussgängermeile verdient mit mehr Grünem, Buntem und Verspieltem – davon gibt es gute Beispiele von Massnahmen in Thun selbst und anderorts. Die Chance ist nicht vollständig verpasst, es braucht jedoch noch Massnahmen, damit die Leute lieber auf der Meile verweilen. Stadtgrün hat bewiesen, dass sie mehr können, als Zementplatten zu verlegen, wie die Blumenpracht an der Scherzligbrücke zeigt. Die Stadt müsste Stadtgrün freie Hand geben, um einen Augenschmaus aus der Meile zu machen. Er wünscht sich für die Zukunft, dass auch in Zentrumsnähe Biodiversität gelebt wird.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, betont, dass die Flaniermeile offensichtlich durch Profis umgesetzt wurde. Sie entspricht den gültigen Normen, Gesetzen und Vorschriften. Er bittet die Fraktion Grüne, den ausländischen Bäumen Asyl zu gewähren und damit die Multikulturalität in der Pflanzenwelt zu fördern. Die Interpellation wurde vom Gemeinderat messerscharf beantwortet.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, findet die Flaniermeile uninspiriert, langweilig, un kreativ und nicht einladend. Einmal mehr fehlen Sitzgelegenheiten, wobei etwas andere als sonst wünschenswert wären. Mit wenig Aufwand könnte man etwas Spezielles machen, um die graue Betonwüste zu beleben. Bereits mobile Blumentröge würden einen grossen Unterschied bewirken. Die LED-Beleuchtung in der Nacht ist ein absolutes No-Go und so eiskalt und abstossend, dass man dort nicht durchlaufen will. Es ist zu hoffen, dass die Bäume schnell wachsen. Sie hätte sich einheimische Ahorne und Linden gewünscht.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt Stadtrat Hiltbold für sein differenziertes Votum und kann dem einen oder anderen Punkt durchaus zustimmen. Er gibt zu, dass der Gemeinderat sein Versprechen, einheimische Bäume zu pflanzen, nicht komplett eingehalten hat. Die Amber- und Tulpenbäume sind allerdings keine Exoten, sondern aus Nordamerika. Er sieht einen leichten Widerspruch darin, wenn einerseits die Wichtigkeit der Biodiversität betont wird und andererseits gewünscht wird, man hätte nur von zwei Baumarten Gebrauch machen sollen. Die Überlebensfähigkeit der einheimischen Bäume ist eine europaweite Diskussion. Deutsche Arbeitsgruppen haben Empfehlungen abgegeben zu Bäumen, die sich für diesen Zweck besonders eignen. Auch der mediterrane Touch wird mit einheimischen Bäumen nicht so leicht hergestellt. Er wiederholt die Zielsetzung: Die Aarefeldstrasse ist eine Verkehrsanlage, die ursprünglich vor allem dem rollenden und ruhenden Verkehr diene. Für den Gemeinderat war dies die Gelegenheit schlechthin, mal wirklich etwas für den Fussverkehr zu tun. Aufenthalt war nicht das primäre Thema, sondern das Vorwärtkommen. Ein Grossteil der Leute, die täglich den Bahnhofplatz passieren, kommt mit dem primären Ziel des Vorwärtkommens durch die Aarefeldstrasse. Dem wollte der Gemeinderat Rechnung tragen. Der Thuner Standard für den Fussverkehr ist – negativ formuliert – z.B. die Jungfraustrasse, wo man nicht Hand in Hand oder mit einem Kinderwagen spazieren kann. Auf der Aarefeldstrasse sollte deshalb eine grosszügige Fläche für den Fussverkehr geschaffen werden, damit Familien entspannt unterwegs sein können. Deshalb wehrt er sich dagegen, dass das primäre Ziel die Begrünung und das Aufstellen von Ruhebänken sein soll. Er gibt Stadtrat Hiltbold Recht, dass Raum für Blumenschmuck besteht, in der Art wie am Eigerplatz. Es wurden kleinere Bäume gepflanzt, weil diese eine höhere Chance haben, schneller zu wachsen. Zur Materialisierung ist zu sagen, dass die Alternative auf dem Aarefeldplatz mit Natursteinen wie Granit nicht wünschenswert ist, da zahlreiche Platten wackeln. Bei den Betonplatten weiss man im Gegensatz dazu, woher sie kommen, und sie wackeln nicht. Es muss auch bedacht werden, dass an die Aarefeldstrasse viele Hauszufahrten angrenzen, was erfordert, dass die Platten befahrbar sind. Natursteinplatten würden kaputt gehen. Er betont, dass der Gemeinderat etwas für den Fussverkehr wollte, und der Ausdruck „Flanieren“ nicht wirklich optimal ist, da die meisten Passanten zielführend unterwegs sind. Er ist überzeugt, dass die umgesetzte Gestaltung diesem Anspruch genügt.

65. Interpellation I 6/2018 betreffend möglichen radikal-islamischen Tendenzen in Thun und allfälligen Gegenmassnahmen

Patrick Graber (SVP) und SVP/FDP-Fraktion vom 22. März 2018; Beantwortung

Serge Lanz, **SVP**, ist mit der Beantwortung sehr zufrieden und wünscht keine Diskussion.

66. Interpellation I 7/2018 betreffend Migrantinnen zu altersspezifischen Themen

Darshikka Krishnanantham (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018; Beantwortung

Darshikka Krishnanantham, **SP**, ist teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche und kompetente Antwort. Es gibt tatsächlich ein Leitbild und einen Wegweiser für Menschen im Pensionsalter. Nach genauer Überprüfung kam die SP-Fraktion zum Schluss, dass punktuell einige neue, wegweisende Ideen für die Umsetzung notwendig sind. So würden idealerweise Freiwillige nach einer Schulung durch die Stadt als Vermittlungs- und Kontaktpersonen für ältere Migrantinnen und Migranten fungieren. Es sollten dabei möglichst Leute aus allen Kulturen vertreten sein, die bei altersspezifischen Themen, z.B. der Organisation einer Beerdigung, ihre Landsleute als Vertrauenspersonen begleiten. Gemäss Antwort des Gemeinderats werden bereits alle Informationen zum Thema Alter und Migration von verschiedenen Organisationen ausgeführt und umgesetzt. Das grundlegende Problem ist jedoch nicht das Angebot, sondern die Vielfalt, die für viele Personen nicht übersichtlich ist. Deshalb schlägt sie vor, nach dem Beispiel von anderen Kantonen eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen, die alle Angebote sammelt und darüber informiert. Mittel- und langfristig sollen Berufstätige im Pflegebereich aus verschiedenen Kulturen eine zusätzliche Spitex-Dienstleistung für Migrantinnen und Migranten anbieten. Die SP-Fraktion begrüsst, dass die Stadt Thun, Vereine und Organisationen bereits über ein breites Angebot für Menschen im Pensionsalter verfügen. In der Praxis begegnen sie immer wieder Menschen ausländischer Herkunft, die im Pensionsalter zahlreichen Hürden gegenüberstehen – gerade, wenn sie aus Kulturen stammen, in denen nicht die Öffentlichkeit, sondern die Familien für die Älteren sorgen. Diese Menschen könnte man mit wenigen Massnahmen besser in der dritten Lebensphase begleiten.

Daniela Huber Notter, **BDP**, findet die Interpellation interessant und die Antworten des Gemeinderats sehr gut. Die Problematik betrifft jedoch nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern alle. Diese Themen liegen in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen schon lange auf. Es gilt aufpassen, dass man nicht einen Pool schafft, der nur für eine gewisse Personengruppe ist. Eine Gesamtbetrachtung ist wichtig.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, ist mit der empathischen Antwort des Gemeinderats sehr zufrieden und entnimmt der Beantwortung, dass das Angebot bereits sehr umfassend ist. Es ist aber auch offensichtlich, dass die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren ausserordentlich facettenreich sind – je nach Alter, Geschlecht, sozialer Schicht und Integrationsgrad. Die Fraktion anerkennt die Anstrengungen der Behörden und Vereine, da sehr viel unternommen wird, um diesen Facetten gerecht zu werden. Andererseits sind sie nicht der Auffassung, dass der Staat allein die Koordination übernehmen soll. Sie sollte günstige Voraussetzungen schaffen, doch die Angehörigen dürfen nicht ausgeschlossen werden, da gerade ihre Unterstützung sehr wichtig ist für die Seniorinnen und Senioren. Er schliesst sich Stadträtin Huber Notter an, dass man bei den Angeboten keine Rücksicht auf demografische Merkmale nehmen sollte.

Gemeinderat Peter Siegenthaler betont, dass die Integration mit dem letzten Lebensabschnitt sehr viel zu tun hat und eine Separierung, wie sie im Altersheim stattfindet, nicht zu begrüssen ist. Es gibt auch in Thun gute Beispiele für generationenübergreifende Zusammenarbeit. Die Stadt Thun hatte auch bisher eine beträchtliche Palette an Angeboten. Der vorhandene Wegweiser hilft dabei, einen Überblick zu erhalten.

67. Fragestunde 6/2018 zum geplanten WiA-Neubau in Thun

Franz Schori (SP) vom 8. August 2018

Die Frage F 6/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

68. Fragestunde 7/2018 betreffend WIA Neubau

Fraktion der Mitte vom 21. August 2018

Die Frage F 7/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

69. Fragestunde 8/2018 betreffend Umsetzung des Agglomerationsprogrammes

Samuel Bühlmann (SP) vom 21. August 2018

Die Frage F 8/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

70. Fragestunde 9/2018 betreffend Standortentwicklung WiA – Wohnen im Alter

SVP-Fraktion vom 23. August 2018

Die Frage F 9/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

71. Fragestunde 10/2018 betreffend Öffnung der Uttigenstrasse

Till Weber (Junge Grüne) und Alice Kropf (SP) vom 21. August 2018

Die Frage F 10/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

72. Fragestunde 11/2018 betreffend Schulkommissionssitz Goldwil

Fraktion Grüne vom 21. August 2018

Die Frage F 11/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

73. Fragestunde 12/2018 betreffend Armutsbetroffenheit

Martin von Allmen (SP) vom 21. August 2018

Die Frage F 12/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

74. I 12/2018 Interpellation betreffend der Vernehmlassung zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und der Verordnung über Pilotversuche mit Cannabis („Experimentierartikel“): Dringlichkeitsbeschluss

Alice Kropf (SP), erachtet die Motion als dringlich, da die Vernehmlassungsfrist am 25. Oktober 2018 endet.

Gemeinderat Peter Siegenthaler ist mit der Dringlichkeit einverstanden.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit 32 : 2 Stimmen zu.

Mitteilungen

Eingänge

- P 17/2018 Postulat zur klimaangepassten Gestaltung des Aarequais; Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018
- P 18/2018 Postulat für erweiterte Öffnungszeiten des Welcome-Center Thun und eine bessere Verfügbarkeit des Velospot-Angebots; Katharina Ali-Oesch (SP), Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018
- P 19/2018 Postulat für eine klimaangepasste Stadtentwicklung mit erhöhter Lebensqualität dank mehr grün und blau statt grau; Franz Schori (SP), Adrian Christen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018
- I 12/2018 Interpellation betreffend der Vernehmlassung zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und der Verordnung über Pilotversuche mit Cannabis („Experimentierartikel“); Alice Kropf (SP), Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018
- I 13/2018 Interpellation betreffend Subunternehmerketten; Martin von Allmen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018
- I 14/2018 Interpellation betreffend Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2019 auf die Gemeinde Thun; Martin von Allmen (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2018

Der Stadtratspräsident erinnert an den Stadtratsausflug am 4. September 2018 und die Einladung des Kunstmuseums zum Anlass „70 Jahre Kunstmuseum“ im Anschluss an die nächste Stadtratssitzung (Anmeldeschluss 17. September 2018).

Der Stadtratspräsident



Andreas Kübli

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder